



Bürgerinitiative gegen Fluglärm Raunheim

Raunheim, 29.05.09

## Stellungnahme

zur „Frankfurter Erklärung“, dem Austritt der Stadt Raunheim aus der Initiative „Zukunft Rhein-Main“ und den Auseinandersetzungen um das weitere Vorgehen gegen den Ausbau des Rhein-Main Flughafens

Mit der „Frankfurter Erklärung“ soll eine (Neu-) Positionierung der von Fluglärm betroffenen Kreise, Städte und Gemeinden im Rhein-Main-Gebiet erreicht werden. Zugleich beschließt die Stadt Raunheim den Austritt aus der Initiative „Zukunft Rhein-Main“. Dazu erklärt die Bürgerinitiative gegen Fluglärm Raunheim:

1. Der Ausbau war, ist und bleibt unzumutbar und muss weiter nachdrücklich bekämpft werden.

Auch wenn Fraport versucht, auf rechtlich unsicherer Grundlage Fakten zu schaffen, bleibt der Ausbau ökonomisch unsinnig und ökologisch eine Katastrophe. Mit dem Platzen der „Finanzblase“ ist nicht nur die bisher größte Wirtschaftskrise ausgelöst worden, es wurde auch das Scheitern des neoliberalen Modells grenzenlosen Wachstums und ungezügelter Marktdominanz deutlich. Vor diesem Hintergrund an veralteten Wachstumsprognosen festzuhalten, ist abenteuerlich. Vor allem aber zeigen die neueren Erkenntnisse der Klimaforschung, dass diese Prognosen nicht eintreten dürfen, wenn das Weltklima nicht völlig aus den Fugen geraten soll. Was der Flughafen wirklich induziert, sind nicht 100.000 neue Arbeitsplätze, sondern die Emission von Millionen Tonnen klimaschädlicher Treibhausgase. Mit dem Bannwald werden den Menschen der Region darüber hinaus auch noch wichtige Schutzfunktionen vor Hitzewellen, Temperaturschwankungen und Staubbelastungen geraubt und dafür die Schadstoffbelastung drastisch erhöht.

Vor diesem Hintergrund müssen alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten genutzt werden, um diesen Ausbau doch noch zu stoppen bzw. rückgängig zu machen.

2. Die Mediation war ein Täuschungsmanöver .

Die Mediation war von Anfang an darauf ausgelegt, den Ausbau zu ermöglichen, weshalb die BI's ebenso wie die meisten Umweltverbände nicht daran teilgenommen haben. Das Ergebnis – Ausbau bei Einführung eines Flugverbotes während der sog. „Mediationsnacht“ von 23 – 5 Uhr und zusätzlicher Schallschutzmaßnahmen – war aus ihrer Sicht nie ein akzeptabler Kompromiss, sondern ein moralisch verwerflicher Kuhhandel, der den Schutz der Gesundheit der Menschen der Region an die Erfüllung der Profiterwartungen der Luftverkehrswirtschaft binden wollte. Mit der Ablehnung des ohnehin stark eingeschränkten Nachtflugverbots durch die Luftverkehrswirtschaft und die hessische Landesregierung wurde es endgültig zu Makulatur erklärt und die Bevölkerung ein weiteres Mal betrogen.

### 3. Erweiterter Schallschutz ist dringend notwendig

Wenn auch das Ergebnis unakzeptabel war, so haben doch die während der Mediation und durch das Regionale Dialogforum zusammengetragenen Erkenntnisse sowie eine Vielzahl weiterer Studien hinreichend dokumentiert, dass erweiterte Schallschutzmaßnahmen im Interesse der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger der Region unverzichtbar sind. Daher sind die Forderungen nach einem vollständigen Nachtflugverbot während der gesetzlichen Nacht von 22 – 6 Uhr sowie nach Maßnahmen des aktiven und passiven Schallschutzes unabhängig davon, ob der Ausbau stattfindet oder nicht.

Speziell für Raunheim ist es dringend notwendig, die im Fluglärm-Entlastungskonzept zusammengefassten Maßnahmen so schnell wie möglich umzusetzen. Daher müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, Druck auf Luftverkehrswirtschaft und Politik auszuüben, um diesen Prozess voran zu bringen.

Die Bürgerinitiative gegen Fluglärm Raunheim geht davon aus, dass auf dieser Grundlage weiterhin ein gemeinsames Vorgehen aller Betroffenen in der Region möglich ist und fordert den Raunheimer Magistrat, die Stadtverordnetenversammlung und die politischen Parteien auf, nachdrücklich dafür einzutreten.

Die BI hält den Austritt aus der Initiative „Zukunft Rhein-Main“ gerade zum jetzigen Zeitpunkt, unmittelbar vor Prozessbeginn vor dem VGH, für ein falsches Signal und ruft die Raunheimer Bürgerinnen und Bürger erneut auf, in Kassel deutlich zu machen, dass der Widerstand gegen den Ausbau weitergeht und eine weitere Zunahme des Lärms nicht hingenommen werden kann.

Die BI warnt davor, mit der „Frankfurter Erklärung“ den Eindruck zu erwecken, die Region könne sich mit dem Ausbau arrangieren. Wir fordern die unterzeichnenden Kreise, Städte und Gemeinden auf, über die Unterschrift unter die Erklärung hinaus politischen Druck für die Forderungen nach einem vollständigen Nachtflugverbot und für wirksamen, aktiven Schallschutz zu entwickeln.

Kontakt:

Brigitte Kerner

Dr. Horst Bröhl-Kerner

Bahnhofstr. 47, 65479 Raunheim

Tel. 06142 / 22577

Mail [broehl-kerner@t-online.de](mailto:broehl-kerner@t-online.de)